

**Vergessene Konflikte** Im Norden Äthiopiens trotz ein Hospital der Gewalt **Politik S.3**

**Arbeit** Der krasse Mangel an Fachkräften wird durch die Bürokratie angeheizt **Politik S.5**

**Einfluss** Deutsche Oligarchen stehen nicht im Rampenlicht. Sollten sie aber **Debatte S.14**

**Bühne** Das Theater steckt in der Krise. Braucht es jetzt höhere Gagen? **Kultur S.17**



## Es wird knapp

Hitze, Trockenheit und Wassermangel: Wie können wir unsere wichtigste Ressource schützen? **s. 6/7**

TITEL: DER FREITAG, MATERIAL: ISTOCK

## Der Konsens wankt

**Atomstrom** In der Politik wird über längere Laufzeiten für AKWs debattiert. Das ist nicht nur unredlich. Es ist auch gefährlich

■ **Stephan Hebel**

Es gibt Dinge, die ändern sich nie. „Die Bürger im Land wollen, dass der Strom aus der Steckdose kommt“, hat schon vor Jahren der brandenburgische SPD-Politiker Christoph Schulze festgestellt. Nur der ehemalige FDP-Vorsitzende Martin Bangemann hat da mal scheinbar widersprochen, aber das war eher ein Sprachunfall: „Es soll uns keiner einreden, das Geld kommt von der Bank und der Strom aus der Steckdose. Das Gegenteil ist der Fall“, sagte Bangemann 1985. Aber auch er hatte eigentlich die FDP-typische Aussage im Sinn, dass der Strom eben gerade nicht mehr aus der Steckdose komme, wenn sich die Anti-AKW-Bewegung durchsetzte und Schluss wäre mit der Kernspalterei.

Der Spruch mit der Dose dient bis heute denjenigen als Propagandamasche, die einem so gewinnträchtigen wie gefährlichen Relikt des fossilen Kapitalismus (und seinen Profiteuren in den Konzernen) doch noch eine Zukunft gönnen möchten. In diesen Tagen der Gaskrise ist es Christian Lindner, der in die Fußstapfen Bangemanns tritt, seines vor einigen Wochen verstorbenen Vorgängers im Parteivorsitz. Er hat die neue Debatte losgetreten, und mit den Vorsitzenden von CDU und CSU, Friedrich Merz und Markus Söder, bildet er eine neue Pro-Atomkoalition. Einige ihrer Freunde aus der Industrie schließen sich inzwischen an, Metall-Arbeitgeberpräsident Stefan Wolf fordert gleich den Bau neuer Reaktoren.

Dass dieses Bündnis in offener Opposition zu Lindners offiziellen Koalitionspartnern SPD und Grüne steht, schert Christian Lindner offensichtlich nicht. Sein taktisches Kalkül: Wer den Leuten erfolgreich einredet, ohne Atomenergie käme bald gar nichts mehr aus der Steckdose, hat den

Kampf um die Köpfe schon halb gewonnen und damit ein paar dringend benötigte Wählerstimmen – zumal wenn viele Menschen in berechtigter Angst vor explodierenden Energiekosten leben.

Tatsächlich dürften selbst unter denjenigen, die einst gegen die Atomkraft demonstrierten, inzwischen manche ins Wanken gekommen sein. Zu reizvoll erscheint es auf den ersten Blick, die letzten Atomkraftwerke noch ein bisschen laufen zu lassen, damit wir im Winter notfalls unbesorgt den Radiator anwerfen können.

### Die Wirtschaft möchte den Atomausstieg am liebsten rückgängig machen

Wer so denkt, muss allerdings dreierlei wissen: Erstens ist die Stromerzeugung per Kernspaltung natürlich nicht sicherer geworden, nur weil wir vielleicht die Kälte des Winters im Moment mehr fürchten als den GAU (so menschlich verständlich das auch ist). Zweitens knüpfen sich an die längere Laufzeit Versprechungen, die bei genauerer Betrachtung zumindest übertrieben sind. Drittens machen die Kernenergie-Lobbyisten innerhalb und außerhalb der Politik immer unverhohlener deutlich, dass sie langfristig am liebsten den Atomausstieg rückgängig machen würden.

Alle drei Aspekte würden es eigentlich nahelegen, die AKW-Scheindebatte rasch zu beenden und verstärkt über Energieeinsparung, Gebäudesanierung oder eine echte Verkehrswende zu reden. Oder über den Ausbau der Stromnetze und der Windenergie, nicht zuletzt im Bayern des Atomfreundes Söder, wo beides immer wieder behindert wurde.

Was die Sicherheit betrifft: Beim bayerischen AKW Isar 2 zum Beispiel wurde die 2019 fällige Überprüfung gestrichen, weil Ende 2022 ohnehin Schluss sein sollte. Der TÜV sagt zwar (im Auftrag des Umweltministeriums in München und in nicht ganz überraschender Übereinstimmung mit Söder), es gehe auch so noch für eine gewisse Zeit. Aber Experten fragen schon, wofür solche Checks vorgeschrieben sind, wenn sie angeblich niemand braucht.

Zweiter Punkt: Die Versprechungen von Lindner und Co. sind zumindest ungenau: Die etwa 15 Prozent unseres Stroms, die mit Gas hergestellt werden, lassen sich keineswegs mal so durch Atomenergie ersetzen. Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge hat das gerade in aller Ruhe vorgezählt: Der Ausgleich von Schwankungen im Netz, der zum Teil von Gaskraftwerken geleistet wird, funktioniert mit Atomkraft nicht. Außerdem produzieren manche Gaskraftwerke neben Strom auch Wärme, sie sollen deshalb auch bei schweren Mangelagen vordringlich mit Gas versorgt werden und weiterlaufen. Und der „Streckbetrieb“, der jetzt weniger Stromproduktion per Atom und im Winter mehr bedeuten würde, bringt in der Summe gar nicht mehr Strom. Dröge kam zu dem Ergebnis, dass durch Kernenergie gerade ein Prozent des deutschen Gesamt-Erdgasverbrauchs zu ersetzen wäre.

Dritter Punkt: Es geht offensichtlich um eine längerfristige Renaissance der Atomkraft, der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz sagt es ziemlich offen: „Wir müssen einen Weiterbetrieb so lange ermöglichen, bis die Gefahr eines Engpasses beseitigt ist.“ Das muss gar nicht allein daran liegen, dass die lobbyierenden Atompolitiker speziell den Betreibern die entsprechenden Gewinne zuschanzen wollen. Es dürfte vielmehr vor allem darum gehen, den Druck für eine grundlegende Energiewende zu reduzieren, die letztlich einen Umbau des Wirtschaftssystems mit sich brächte. Das ist es, was genau diejenigen um jeden Preis verhindern wollen, die immer behaupten, sie gingen die Atomfrage „unideologisch“ an.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 4

**Mara Pfeiffer** freut sich über die Fußball-Erfolge der Frauen

### Nach dem Spiel ist vor dem Spiel: Wir sollten uns die Begeisterung bewahren

Die EM ist vorbei, und wer sich jetzt fragt, wie es gelingen kann, den unglaublichen Schwung des Turniers in den Alltag der Ligen zu retten, erhält oft die Antwort: gar nicht, denn schließlich sei das auch nach der WM der Frauen in Deutschland 2011 nicht gelungen. Da melden sich allerdings vielfach Leute zu Wort, die sich seit diesem Turnier nie wieder mit Fußball beschäftigt haben, wenn Frauen am Ball sind. Mit ihrer Behauptung wedeln sie elf Jahre Entwicklung einfach weg – nicht ohne Grund. Viele von ihnen haben gar kein Interesse daran, sich plötzlich mit dem Spiel der Frauen zu befassen. Da ist es einfacher, deren Erfolg bei der EM abzutun: Mit etwas Glück fällt die Ignoranz dahinter nicht auf.

Wer ernsthaft davon spricht, woran ein Erhalt der Begeisterung scheitern könnte, muss sich mit den Strukturen im Fußball der Frauen auseinandersetzen. Die Diskussion um „Equal Pay“ verschleiert vieles: Es geht nicht darum, den Frauen dieselben absurden Millionenbeträge zu zahlen wie den Männern, das betonen auch die Spielerinnen. Was nicht heißt, dass über höhere Gehälter nicht gesprochen werden muss. Denn zur Realität gehört: Selbst in der Ersten Liga müssen viele Spielerinnen neben dem Fußball arbeiten, weil sie von den Vereinen eher eine Aufwandsentschädigung als ein Gehalt beziehen.

Prinzipiell geht es aber vor allem um die Diskussion des „Equal PLAY“, also darum, im Fußball der Frauen die Bedingungen zu verbessern. Da geht es um Fragen der Ausbildung ebenso wie jene der Ausstattung, es geht um vernünftige Trainingszeiten und -plätze, Unterbringung und Fahrten zu Spielen oder Turnieren, Ansetzungen von Begegnungen zu attraktiven Zeiten und TV-Übertragungen auf einem angemessenen technischen und journalistischen Niveau. All das wurde übrigens irgendwann auch mal in den Fußball der Män-

ner investiert, der sich nämlich nicht einfach über Nacht in jenes Millionengeschäft entwickelt hat, das er heute ist.

Wie bei früheren großen Turnieren lässt sich auch diesmal eine Tendenz erkennen, den Spielerinnen nun die Erwartung umzuhängen, sie sollten für einen besseren, ehrlicheren Fußball stehen als den überfrachteten Zirkus der Männer. Es wäre sicherlich ein Fehler, sich dort alles abzuschauen. Es ist aber auch nicht Aufgabe der Frauen, nun alles besser zu machen und dabei möglichst keine Ansprüche zu formulieren. Es geht auch um die Rechte der Spielerinnen.

Und es geht um ihre Geschichte, zu der es gehört, dass der DFB den Frauen von 1955 bis 1970 ein Verbot auferlegte, innerhalb des Verbands Fußball zu spielen. Deswegen wird oft erzählt, der Fußball der Frauen sei eine junge Sportart, so als ob diese vor 1970 nicht am Ball gewesen wären – das Gegenteil ist der Fall. Die Wiederaufnahme der Spielerinnen in den Verband war keine aus Überzeugung, sie geschah, weil ihr Sport sich entwickelte; es ging um Kontrolle.

Wie Kontrolle so oft ein Faktor ist, wenn Frauen öffentliche Räume für sich beanspruchen. Sie müssen dann damit leben, dass ihre Brust in einem Sport-BH intensiver diskutiert wird als ihr entscheidendes Tor, sollen einen Umgang damit finden, kleingehalten zu werden, belehrt und belächelt, geduldig zuhören, wenn man ihnen den eigenen Job erklärt. All diese Kämpfe gehören zur Realität der Frauen im Fußball, und darüber sollten wir sprechen, wenn es darum geht, die Begeisterung für diese EM in den Alltag der Ligen zu übertragen. Von mangelndem Interesse nämlich kann keine Rede sein, von mangelnder Unterstützung schon.



Hegelplatz 1  
10117 Berlin  
PVStk. A04188  
Entgelt bezahlt

# Mehr Männer in die Grundschulen!

**Bildung** Knapp jede zehnte Lehrkraft in der Primarstufe ist ein Mann. Initiativen wie „Rent a Teacherman“ an der Uni Bremen wollen das ändern

■ **Thomas Gesterkamp**

In den Klassenzimmern von Grundschulen herrscht Lehrermangel. Die wenig gendergerechte Sprache ist in diesem Fall ausnahmsweise eine sehr korrekte Beschreibung: Denn viele Kinder erleben erst auf der weiterführenden Schule einen männlichen Pädagogen. Deutschlandweit liegt der Anteil der männlichen Lehrkräfte seit Jahren stabil bei rund zwölf Prozent. Noch vor vier Jahrzehnten war das Geschlechterverhältnis im Primarbereich fast ausgeglichen. Und der immer noch bescheidene Andrang männlicher Studienanfänger signalisiert keine richtige Trendwende.

An einigen Hochschulen mit entsprechenden Lehramtsstudiengängen entstanden deshalb Projekte, die gezielt um männliche Pädagogen warben – so etwa an den Universitäten in Hamburg und Hildesheim. Aufsehen erregte vor allem die Universität Bremen mit ihrer besonders medienwirksamen Kampagne „Rent a Teacherman“, zu Deutsch: Leih' dir einen Lehrer! Das europäisch ausgezeichnete Modellprogramm vermittelte männliche Studierende aushilfsweise an weitgehend „männerfreie“ Grundschulen. Die Honorare der Hilfskräfte auf Zeit bezahlte die Bildungs-senatorin der Hansestadt. „Weder Jungen noch Mädchen sollten den Eindruck bekommen, dass es ausschließlich Frauensache ist, sich um kleinere Kinder professionell zu kümmern“, so Christoph Fantini vom zuständigen Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Bremen.

Jungen brauchen männliche Vorbilder auch außerhalb der Familie; Mädchen brauchen Männer ebenso, als das andersgeschlechtliche Gegenüber: Das klingt zwar banal, war aber lange kein Thema der pädagogischen Fachdebatten. Feministi-

sche Forscherinnen warnten vor Rollenklischees, sie interpretierten den Ruf nach mehr Männern stets als Abwertung weiblicher Lehrtätigkeit. Die Hamburger Pädagogik-Professorin Hannelore Faulstich-Wieland sprach von einer „Dramatisierung des Geschlechts“, ähnlich argumentierte der Soziologe Marcel Helbig vom Wissenschaftszentrum Berlin. Nach seinen Studienergebnissen hat das Geschlecht im Unterricht nur nachrangige Bedeutung, jedenfalls seien weibliche Lehrkräfte nicht „für den geringeren Schulerfolg der Jungen verantwortlich“.

## Antifeministen springen auf

Anders sieht das der Jugendforscher Klaus Hurrelmann von der Berliner Hertie School of Governance: Er forderte sogar eine Quote für männliche Bewerber in pädagogischen Berufen. Unterstützung erhielt er von antifeministischen Männerrechtlern: Vereine wie MANNdat betrachten männliche Schüler, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, pauschal als „Bildungsverlierer“, als Ursache haben sie eine angeblich „feminisierte“ Schule ausgemacht. Das Thema Männer an Grundschulen landet so mitten in kontroversen Gender-Debatten. Doch theoretische Kontroversen interessieren die Praktiker wenig.

Die Bremer „Teachermen“ halfen im Sexualkunde-Unterricht oder als männliche Begleitpersonen bei Klassenfahrten. Und die Studierenden merkten, wie anspruchsvoll die Arbeit an der Grundschule ist. Stets lauerte dabei die Gefahr, gängige Stereotypen zu bedienen. „Ich raufe nicht die ganze Zeit mit den Jungens und lasse auch nicht dauernd Fußball spielen“, sagt ein Bremer Student über seine Erfahrungen im Projekt. Lehrerinnen und Schulleiterinnen reagierten begeistert, „als wir ihnen männliche Helfer schickten“, so das Fazit von



Zu selten: Biologie-Unterricht mit männlichen Vorbildern

ben der Bezahlung auch darin, wie möglichen Interessenten „durch verbreitete Männlichkeitsbilder Wege in pädagogische Tätigkeitsfelder erschwert werden“.

Die schlechte Bezahlung allein ist es nicht. Eine andere Hürde ist die Furcht vor einem Prestigeverlust im privaten Umfeld. Manche junge Männer haben nach wie vor eher traditionelle Rollenvorstellungen. An Autos zu schrauben oder Maschinen zu warten, gilt häufig sehr viel mehr als Erziehungsarbeit. Der Fokus an den Grundschulen liegt vorrangig auf der Didaktik, persönlicher Zuwendung und dem Herstellen emotionaler Nähe – eher Frauen zugeschriebenen Fähigkeiten also. Zusätzlich abschreckend wirkt seit Jahren die Diskussion um sexualisierten Missbrauch, die männliche Pädagogen immer wieder pauschal mit Pädokriminalität in Verbindung bringt.

## Es klappt, die Zahlen steigen

Das Dissens-Forscherteam hält es für wichtig, „das öffentliche Bild des Berufes zu korrigieren“. Auch Projektleiter Fantini von der Universität Bremen wünscht sich einen Imagewandel. An den Grundschulen gehe es „keineswegs nur um das Einmaleins, Singen und Basteln“. Die erwünschte „Pädagogik der Vielfalt“ könne in „männerfreien“ Räumen nicht funktionieren, die Primarstufe setze entscheidende Impulse für die weitere kindliche Entwicklung.

Die vorbildliche Bremer Motivationskampagne jedenfalls hat sich ausgezahlt: Seit „Rent a Teacherman“ sind die Zulassungszahlen männlicher Bewerber für das Grundschullehramt an der Hochschule deutlich gestiegen.

**Thomas Gesterkamp** ist freier Journalist und Sozialwissenschaftler

Hochschullehrer Christoph Fantini. Eine nennenswerte Zahl von Männern an den Schulen, so der Projektleiter, sei einfach ein wichtiges Korrektiv – nicht weil sie „besser“, sondern weil sie anders sind und die Lehrsituation bereichern.

Was hält männliche Studienanfänger davon ab, den Beruf des Grundschullehrers zu wählen? Zum einen die finanziellen Perspektiven: Sie werden später bis zu 500 Euro weniger verdienen als am Gymnasium. Mit einer Kampagne, die höhere Ge-

hälter in der Primarstufe verlangt, versucht die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft dagegenzuhalten. Die der GEW nahestehende Max-Traeger-Stiftung gab in Kooperation mit dem Bundesfamilienministerium eine Expertise in Auftrag. Olaf Stuve und Thomas Viola Rieske vom Berliner Gender-Forschungsinstitut Dissens untersuchen darin, „wie Geschlechtervielfalt in Kollegien von Grundschulen erreicht werden kann“. Die Gründe für den geringen Männeranteil sehen die Verfasser ne-

ANZEIGE

**Hauptsache**

**ihr habt**

**Grips.**

**25%  
Sparen!**

**Innovativ.  
Wissen im Probe-Abo.  
[b1.de/probeabo](http://b1.de/probeabo)**



**3 Hefte für nur**

**22.50**